

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Märzhälfte 1500.— M. Einzelverkaufspr. 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon: { 905 nur Redaktion. { 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht getragene Zeile oder deren Raum 300.— M., auswärtige 350.— M., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M., für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Telefon: { 926 nur Geschäftsstelle. { 905 nur Redaktion.



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 58.

Freitag, 9. März 1923.

30. Jahrgang.

Die Gewerkschaften kommen an die Reihe.

Bermüftung des Volkshauses in Herne durch die Franzosen.

Wenige Stunden nach dem am 11. Januar erfolgten Einmarsch der Franzosen in Essen wurde an jeder Straßenecke und jeder Plakatstange von der Besatzung ein „Ausruf an die Bevölkerung!“ angeklebt. In diesem Ausruf tat Herr Degoutte allen kund, daß die soziale und Arbeitergesetzgebung nicht nur in Kraft bleiben soll, sondern noch weiter ausgedehnt werden würde. Auch alle übrigen deutschen Gesetze sollten fortbestehen. Inzwischen hat die Arbeitererschaft zur Genüge erfahren, wie diese Versicherung aufzufassen war. Nicht nur ihre Führer werden jetzt nacheinander ausgewiesen, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung selbst ist gefährdet. Degoutte hat an alle Gewerkschaften und Vereine die Aufforderung gerichtet, ihre Vereinszielen und Statuten sowie die Namen der Vorstandsmitglieder der Besatzungsbehörde mitzuteilen. Der Zweck dieser Einschränkung der Koalitionsfreiheit liegt klar auf der Hand: Man will zum mindesten die Gewerkschaften und Vereine unmöglich machen, von denen besonderer Widerstand zu erwarten ist. Unsere Gewerkschaften denken nicht daran, dem Befehl des Generals Degoutte auch nur irgendwie nachzukommen. Sie haben gemeinsam mit den anderen Organisationen eine Erklärung verfaßt, in der den Gewalttätigen kein Zweifel darüber gelassen wird, daß für deutsche Organisationen nur deutsche Gesetze gelten.

Daß selbst das unter schweren Opfern erorbene Gut der von den Franzosen bisher so umworbene Arbeitererschaft vor dem Vandalismus der Militärs nicht sicher ist, beweist der Ausfall französischer Soldaten in unserem Herne Volkshauses. Ein Parteigenosse berichtet uns u. a. darüber: Dieses Gebäude wurde am 17. Januar von französischen Automobiltuppen in Stärke von etwa 120 Mann besetzt. Am letzten Sonntag wurden die französischen Truppen aus dem Volkshaus in andere Quartiere verlegt, nachdem sie die Stätte der Kultur zu einer Stätte der Verwüstung und Trübseligkeit gemacht hatten. Von dem im großen Saal befindlichen Inventar ist fast alles verschwunden. Auf Grund der Inventuraufnahme des städtischen Besatzungsamtes fehlen 63 große Saalstühle, 431 Saalstühle, 24 Stühle mit Verbrühen und 135 andere Stühle. Weiter sind verschwunden 427 Stück Bierkrüge und aus den elektrischen Lichtkörpern 26 Birnen. Die Gasöfen sind vollständig durchgebrannt. Die Prüfung der Licht- und Gaszähler ergab einen Verbrauch von über 3 Millionen Mark an Gas und elektrischem Licht. Den noch vorhandenen Stühlen waren die Armlehnen und die Beine regelrecht abgehackt. Auch die Klappstühle der Galerieplätze waren größtenteils zum Heizen gebraucht. Bei über 100 Klappstühlen ist der Sitz herausgebrochen. Der Bühnenraum des Volkshauses ist bis auf den großen Vorhang vollständig ausgeplündert. Die Kissen waren zerlegt; sie sind zu Matratzen gebraucht worden. Einen ekel-erregenden Anblick bieten die Aborte.

Der UOB teilt uns anläßlich der neuesten Anordnung des Generals Degoutte an die Gewerkschaften folgendes mit: Die Spitzenverbände der deutschen Arbeitererschaft, die in gemeinsamer Beratung zu der Angelegenheit Stellung genommen haben, fordern auch ihrerseits alle Beteiligten auf, sich keiner ungeschicklichen Anordnung zu fügen und im Willen zur Erhaltung unserer Koalitionsfreiheit nicht zu erlahmen.

Bahnhofsbesetzungen.

SPD. Münster, 8. März. (Eig. Drahtber.)

Die am Mittwoch besetzten Bahnhöfe Weimar, Langendreez und Laer sind wieder geräumt. Die Beute der Franzosen war gering und unbedeutend. Am Mittwoch ist auch der Bahnhof Dornap bei Elberfeld, am Donnerstag der Bahnhof in Dortmund besetzt worden. In Dornap haben die Franzosen in den Betrieb bisher nicht eingegriffen.

Am Donnerstag morgen gegen 6 Uhr ist in Dortmund, nachdem es von allen Seiten umstellt war, die Innenstadt und das Rathaus von französischen Truppen aller Waffengattungen besetzt und die Schutzpolizei entwaffnet worden. Der Polizeikommandant in Dortmund, Regierungsrat Dr. Kielhorn, wurde verhaftet und abgeführt. Desgleichen wurden einige Kommunal- und Kriminalpolizeibeamte festgenommen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist der Kommunalpolizei in Uniform in Stärke von 600 Mann gestallt worden. Weiter wurde am Donnerstag in Friedenbaum bei Dortmund und in Hörde eine Schupowache entwaffnet und ausgehoben. Die Beamten wurden abtransportiert. In Castrop sind am 4. März der stellvertretende Bürgermeister und der Vorsitzende des Beamten-Ortsrats wegen Plakatanschlags verhaftet worden. Der Rest der noch in Kadlungshausen befindlichen Polizeibeamten wurde im Laufe des Donnerstags ausgewiesen. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Duisburg ist von den Franzosen vom 5. bis 12. März verboten worden.

Im Bergischen Land sind die in Wipperfurth einquartierten Truppen in Richtung Engelskirchen weitermarchiert. Samstags war bis Donnerstagabend nicht besetzt. In Hörde sind zur Abholung der zur Entlassung kommenden Reservisten 200 Erziehungsmannschaften für das dortige Infanterieregiment eingetroffen.

SPD. In Ergänzung unserer an anderer Stelle wiedergegebenen aus Münster datierten Meldung erhalten wir später noch folgenden eigenen Drahtbericht aus Dortmund:

Löhne und Preise.

Dr. L. Lübeck, 9. März.

Vor einigen Monaten verkündigte ein Lübecker Demokrat in der Bürgerschaft die allerhöchste seiner Weisheiten: an den hohen Preisen seien die hohen Löhne schuld. Ehrfürchtig erschauerte die ganze bürgerliche Seite des Hauses ob dieser Feststellung. War der Sprecher doch ein Großindustrieller, sozusagen!

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion machte diese ganze Ansicht sofort lächerlich: Wenn die Löhne die hohen Preise verursacht haben, weshalb kommt es denn, daß selbst die Löhne der günstigsten Tarifklassen noch nicht 50 Prozent der Preissteigerung mitgemacht haben?

Heute ist die gleiche Frage brennender geworden als je. Kaum es doch schon in allen Wipfeln und ebenso in den Köpfen vieler Unternehmer, daß der gesunkene Dollar auch einen Lohnabbau nach sich ziehen müsse.

Man muß sich beherrschen, um nicht die ganze Art der Preis- und Lohngestaltung mit dem ähnden Satz des Spottes zu bestreuen.

Beispiel: Der Dollar steigt um 100 Prozent: die Löhne aber nur um 50 Prozent. Der Dollar fällt nun wieder um 100 Prozent: die Preise steigen weiter; die Löhne aber sollen abgebaut werden.

Ein Miß? Die reine Wahrheit über die Vorgänge der letzten zwei Monate.

Nach der amtlichen Statistik hatten die Lebenshaltungskosten im Januar den 1120fachen, im Februar den 2643fachen Vorkriegspreis erreicht. Die Arbeitslöhne aber stellten sich (im Durchschnitt einiger Berufsgruppen) im Januar noch nicht auf den 700fachen, im Februar auf den 1800fachen Friedensstand. Die Löhne (die schon am Ende des vorigen Jahres wenig mehr als die Hälfte des Existenzminimums betragen) blieben also im September um rund 30 Proz., im Februar um rund 50 Proz. unter der Preissteigerung zurück.

Und nun kommt der März! Da die Löhne den Preisen in einem gewissen Abstand und etappenweise folgen — wie das obige Beispiel zeigt, sind sie besonders im Februar katastrophal zurückgeblieben — müßten die Löhne im März allmählich wieder an den Dezemberstand — wenigstens — herangeleitet.

Unterdesse hat aber der Dollar halbiert. Und siehe da, die Unternehmer weigern sich in geschlossener Phalanx, den absolut nötigen Lohnausgleich vorzunehmen.

Das kommt einem Lohnabbau gleich. Die Geldentwertung hat den Arbeitern im Januar und im Februar über ein Drittel ihres Lohnes „abgebaut“. Wenn der März diesen Abbau nicht ausgleicht, so ist es für die Unternehmer absolut nutzlos, von einem nötigen Lohnabbau zu sprechen; denn dann ist ein Lohnabbau von katastrophalem Ausmaß bereits vollzogen.

Wenn diese Beweisführung nicht einleuchten will, der hat es leicht, sich durch Tatsachen überzeugen zu lassen. Der gehe heute oder morgen durch einige Geschäfte, und er wird einen Kaufstillstand von geradezu beängstigendem Ausmaß feststellen.

Der Grund? Die arbeitende Bevölkerung, die große Masse des Volkes, die Lohn- und Gehaltsempfänger haben

durch den oben beschriebenen Lohnabbau den letzten Rest ihrer Kaufkraft eingebüßt. Die Kuhnicker der Geldentwertung aber, die Spekulanten usw., haben sich für Monate im Voraus eingedeckt, und das Ausland kauft bei dem heutigen Marktstand nichts mehr. Die Folge ist eine Abjaktodung von bisher unbekannter Schärfe.

Diese Abjaktodung muß sich naturgemäß auf dem Arbeitsmarkt geltend machen. Arbeitslosigkeit wird sich ausbreiten und damit muß die Kaufkraft der Massen noch mehr schwinden. Die Krise wird sich also tiefer und tiefer bohren. Wenigstens solange die Regierung die Mark künstlich stützt und damit den Preisaufschlag und die damit verbundene Scheinblüte der Wirtschaft verhindert. Die Händler aber werden dabei hös ins Gebirge geraten — wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft des Marktes auf irgend eine Weise zu heben.

Das wäre auf zwei Wegen möglich: Preisaabbau oder Lohnreduktion.

Wir predigen tauben Ohren, das wissen wir. Aber in zwei bis drei Monaten werden Handel und Industrie, wenn sie keinen Ausweg mehr wissen, an die sozialdemokratischen Mahnungen zurückdenken. Selbstverständlich vertreten wir hier hauptsächlich die Interessen der Konsumenten. Aber diese Interessen decken sich gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit den Interessen des Handels und damit auch der Industrie. Sollten diese kurzfristigerweise ihren bisherigen Standpunkt beibehalten, so wird zwar das arbeitende Volk zuerst den Schaden, d. h. den Hunger, haben. Aber nach einiger Zeit wird sich die Abjaktodung in Zahlungsschwierigkeiten usw. in der Geschäftswelt derartig auswirken, daß viele mit Reue und Schrecken an die kapitalistische Kurzsichtigkeit des Märzmonats zurückdenken werden.

Vor einigen Wochen haben wir hier die Meinung vertreten, daß die Besserung der Markt eine vorübergehende Erscheinung sein wird. Wir sind auch heute noch dieser Meinung. Aber die weitere Entwicklung und die neuen Regierungsmahnahmen, die Dollaranleihe usw., haben doch bewiesen, daß es der Regierung sehr, sehr ernst ist mit ihrer neuen Finanzpolitik. Und sie hat sich so tief in währungspolitische Maßnahmen eingelassen, daß sie jetzt gar nicht mehr anders kann, als selbst die letzten Reserven ihres Depotsbestandes zu opfern. Damit ist der jehige Marktwert auf Monate hinaus gesichert.

Wer also im Handel auf einen baldigen Umschlag der Geschäftslage rechnet, der bereite sich jetzt schon auf das berüchtigte lange Geschäft vor, das er machen wird, wenn seine Bankkonten erschöpft sind und die Preise immer noch „rühren“.

Noch kurz eine andere Bemerkung. Wenn die Regierung Cuno jetzt die letzten Kräfte der Reichsbank aufs Spiel zu setzen gedenkt, ohne gleichzeitig das deutsche Budget in Ordnung zu bringen, und ohne gleichzeitig die deutsche Einfuhr auf das notwendige zu beschränken, so treibt sie unverantwortliche Katastrophpolitik, die auch dann nicht zu billigen ist, wenn sie die wichtigsten außenpolitischen Beweggründe hat.

Jedenfalls überläßt Cuno jeder nach ihm kommenden Regierung ein fürchtbares Erbe. Wenn er sich nicht endlich entschließt, innerpolitisch energisch durchzugreifen!

Der Bahnhof Dortmund ist von den Franzosen nachmittags wieder freigegeben worden. Die D-Züge Berlin-Röln und Hamburg-Röln werden nur noch bis Hamm gefahren. Von dort aus müssen die Reisenden die einzelnen Lokal- bezw. Pendelzüge benutzen. In Hildesheim ist die Wupperbahn-Brücke während des Tages durch die Posten besetzt. In einigen Kontroll- bezw. Wehregangstellen im unbesetzten Gebiet haben die Franzosen Schilber angebracht, deren Aufschrift die Erhebung einer 10prozentigen Zollabgabe ankündigt. In Vorhalle sind 57 Eisenbahner zur sofortigen Räumung ihrer Wohnung aufgefordert bezw. aus den Wohnungen ausgewiesen worden. In Wuppertal fechten die Franzosen ihre Werksarbeit bei ehemaligen Eisenbahnbediensteten, besonders Schlossern und Heizern, fort. Geboten werden 80 Franken täglich und freie Verpflegung. In Dortmund ist ein Teil der heute morgen an der Besetzung beteiligten Truppen wieder abgerückt. Das Rathaus ist wieder geräumt. Der heute vormittag insatellierte Regierungsrat Dr. Kielhorn ist wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Schutzpolizeibeamten sind bei Bradel ins unbesetzte Gebiet abgehoben worden. 15 Polizeioffiziere, darunter der Kommandeur, befinden sich noch in Haft. In Lünen ist die Besatzungsmannschaft um 3 Kilometer nach Osten verlegt. In das dort unbesetzte Gebiet fallen die Schachanlagen 1 bis 3 der Zeche Preußen.

Die Franzosen in den Landbezirken.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Die bisher aus dem Ruhrgebiet gekommenen Meldungen über das Treiben der Besatzungstruppen konnten zumeist aus den Großstädten. Aber auch in den Landbezirken haben die fremden Gewalttäter kein humaneres Regiment geführt. Auch hier vollführt eine riesige Truppenmacht rücksichtslos die Durchföhrung der militärischen Anordnungen. In dem Dortmund-Bezirk kommt auf je 19 Bergarbeiter ein französischer Soldat. Für die Zwecke der Besatzungstruppen wurden in diesem Bezirk

122 Schulköume beschlagnahmt. Infolgedessen mußte der Schulunterricht für 1533 Kinder eingestellt werden. Ohne jede Rücksicht werden die Requisitionen durchgeführt. Einem ununtergeordneten, der in seiner Gemeinde einen hervortragenden Verwaltungsposten einnimmt, wurde das einzige ihm zur Verfügung stehende Bett genommen. Wackstiel sind fast keine mehr vorhanden. Man nimmt an, daß die Franzosen sie requiriert haben, um mit ihrer Hilfe Volksküchen einzurichten, die wiederum dazu dienen sollen, die Arbeitererschaft zu füttern. Wie in den Städten, so werden auch auf dem Land Photographien unter Anwendung von Gewalt hergestellt, um den Partisanen zu zeigen, wie „begehr“ ihre „Helden“ bemüht werden. Mit vorgeschobenem Revolver zwingt man die Straßenpassanten, die Hände zu erheben. U. a. wurde ein Arbeiter dazu gezwungen, einem reitenden Offizier die Hand zu reichen. Der Photograph trat in Funktion und wenige Tage später konnte man in Wuppertal Blättern lesen, wie „herzlich“ die deutschen Bergarbeiter die Eindringlinge begrüßten. Diese Märderei können natürlich nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß wie in den großen Städten, so auch auf dem Lande eine namenlose Erbitterung gegen die Franzosen herrscht.

Der ganze Mannheimer Hafen besetzt.

SPD. Mannheim, 8. März. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag mittags haben ungefähr 100 französische Infanteristen mit 10 Maschinengewehren in Booten über den Rhein und landeten auf dem badischen Ufer bei Altrip, gegenüber Speyer. Sie besetzten den Hügel von Mannheim gelegenen Rheinhafen, der aus vier Hafengebieten besteht und dessen Privatigentümer die Rheingehelkhaft ist. Damit untersteht jetzt auch die letzte der drei großen Mannheimer Hafenanlagen französischer Militär. Die Bedeutung des Rheinhafens besteht darin, daß durch ihn die großen Schiffwerke, die in dem Vorort Altrip angeordnet sind, mit Kohlen, vor allem Koks, versorgt werden. In dem Rheinhafen lagerten große Kohlenmengen, die der Besatzungsmannschaft anheimfielen. Der Bahnhof Mannheim selbst ist Station der direkten Eisenbahn Mannheim-Karlsruhe. Der Güterbahnhof der Sauerbrunn ist in Mannheim

Dollar 19 500.

Oerechte Steuerreform!

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat nachstehende Entschliebung an die Regierung gesandt:

„Zur endlichen Regelung der Reparationsfrage weist die Deutsche Liga für Menschenrechte auf das Sachverständigenurteil der Herren Cassel und Keynes usw. vom Oktober vorigen Jahres hin.

1. Sie fordert schärfste Bekämpfung des Wuchers der Rohstoffmonopole, wodurch die deutsche Wirtschaft mehr und mehr geschädigt und Deutschland zahlungsunfähig gemacht wird.

2. Sie bemängelt die gänzlich unzureichende Erfassung der Gewinne, die beim Export erzielt werden.

3. Sie richtet das dringende Ersuchen an Regierung und Reichstag, endlich dem Stand der bisherigen Steuererhebung und Steuererhebung ein Ende zu machen.

Für die Zwangsanleihe, die teilweise schon 1922 erhoben werden sollte, sind bis heute noch keine Einpfändungsformulare ausgegeben. Der materielle Inhalt der Zwangsanleihe ist eine traffe Bevorzugung des Sachwertbesitzes. Aktienbesitzer brauchen nämlich nur 1 Pfennig, Kassenbesitzer nur 1 Zweihundertstel des heutigen Wertes zu versteuern.

Die Einkommensteuer, die im Dezember 1922 zu 84 Prozent von den Lohn- und Gehaltsempfängern bestritten wurde, läuft in der Praxis auf eine Liebesgabe an den Grund- und Kapitalbesitz aus. Sie wird denen, die von ihrem Arbeitseinkommen leben, automatisch sofort abgezogen. Die anderen Steuerpflichtigen zahlen ihre Einkommensteuer so spät, daß ihr Realwert für den Staat nur noch eine Bagatelle ist. Auch für die Einkommensteuer sind die Steuerformulare allgemein noch nicht verteilt.

Im Interesse der inneren und äußeren Politik und der Gerechtigkeit muß unser Steuersystem umgehend von Grund auf umgestaltet werden.

Ohne eine energische Operation auf diesem Gebiete — das muß der Regierung immer wieder gesagt werden — ist innen- und außenpolitisch der Kampf Deutschlands um eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage nicht zu führen. Statt dessen scheint man im Ernst Abbau der Löhne für wichtiger zu halten. Die Regierung muß wissen, daß sie auf diesen Wegen die Sozialdemokratie nicht für sich, sondern nur gegen sich haben kann.

Keine Herabsetzung der Güllertarife.

Berlin, 8. März.

Einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ wurde von einer Persönlichkeit des Reichsverkehrsministeriums eine Erklärung zur Frage der Güllertarife gegeben. Es heißt darin:

Die Warenpreise müßten ungefahr noch um ein volles Drittel heruntergehen, ehe sie mit der Durchschnittspreis in Parität ständen. Es kann an einer Herabsetzung der Güllertarife nicht gedacht werden. Wir können wohl den einen oder den anderen Spezialtarif ermäßigen, aber eine Generallerabsetzung ist unmöglich.

Der Arbeitsmarkt.

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes hat im Januar 1922 eine weitere bedeutende Verschlechterung gebracht. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von rund 85 000 auf 144 000 gestiegen, und zwar die der männlichen von 71 000 auf 124 000, die der weiblichen von 14 000 auf 20 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbsloser) hat sich von rund 106 000 auf rund 188 000 erhöht. Erfährt sind hierbei lediglich die unterstützten Erwerbslosen, die nur einen Teil der Erwerbslosen überhaupt darstellen.

Die Reichsindexziffer für Februar.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Monats Februar 2643 (1918/14 1), gegenüber 1120 im Januar; sie ist demnach gegenüber dem Vormonat um 136 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungsausgaben stellt sich die Indexziffer auf 2408, somit um 152,9 Prozent höher als im Januar. Die Ernährungsindexziffer ist um 133 Prozent auf das 318fache, die Bekleidungsindexziffer um 147,6 Prozent auf das 416fache der Vorkriegszeit gestiegen. Die außerordentliche, mit dem Eindruck in

Das Amulett.

Novelle von C. F. Meyer.

5. Fortsetzung.
„Herr“ erwiderte ich, „als ihr den Namen Chatillon ausspricht, geriet mein Herz in Bewegung. Ich bin ein Soldatenkind und will den Krieg, mein väterliches Handwerk, erlernen. Ich bin ein eifriger Protestant und möchte für die gute Sache so viel tun, als in meinen Kräften steht. Diese beiden Ziele habe ich erreicht, wenn mir vergönnt ist, unter den Augen des Admirals zu dienen und zu kämpfen. Könnt ihr mir dazu verhelfen, so erweist ihr mir den größten Dienst.“
Jetzt öffnete das Mädchen den Mund und fragte: „Habt ihr denn eine so große Verachtung für den Herrn Admiral?“
„Er ist der erste Mann der Welt!“ antwortete ich feurig.
„Nun, Gasparde“, fiel der Alte ein, „bei so vorzüglichen Empfehlungen dürftest du für den jungen Herrn ein Fürwort bei diesem Vaten einlegen.“
„Warum nicht?“ sagte Gasparde ruhig, „wenn er so brav ist, wie er das Aussehen hat. Ob aber mein Fürwort fruchten wird, das ist die Frage. Der Herr Admiral ist jetzt am Vorabend des Nordischen Krieges, vom Morgen bis in die Nacht in Anspruch genommen, belagert, ruhelos, und ich weiß nicht, ob nicht schon alle Stellen vergeben sind, über die er zu verfügen hat. Bringt ihr nicht eine Empfehlung mit, die noch besser wäre als die meinige?“
„Der Name meines Vaters“, versetzte ich etwas eingeschüchtert, „ist vielleicht dem Admiral nicht unbekannt.“ — Jetzt fiel mir aufs Herz, wie schwer es dem unempfohlenen Fremdling werden könnte, bei dem großen Feldherrn Zutritt zu erlangen, und ich fuhr niedergeschlagen fort: „Ihr habt recht, Fräulein, ich fühle, daß ich ihm wenig bringe: ein Herz und einen Vaten, wie er über deren tausende gebietet. Letzte nur sein Bruder Dandelot noch! Der stünde mir näher, an den würde ich mich wagen! Was er doch von Jugend an in allen Dingen mein Vorbild: kein Feldherr, aber ein kühner Krieger; kein Staatsmann, aber ein handhafter Parteigenosse; kein Heiliger, aber ein warmes Herz!“
„Während ich diese Worte sprach, begann Fräulein Gasparde zu meinem Erschaunen erst leise zu erröten und ihre mir rätselhaft Besorgnis zeigte sich, bis sie mit Rot wie überpoffen war. Auch der alte Herr wurde sonderbarerweise verstimmt und sagte mir:
„Was werdet ihr wissen, ob Herr Dandelot ein Heiliger war oder nicht? Doch ich bin klüßler, haben wir die Sitzung auf Kommt ihr noch Paris, Herr Schöndor, ich hecht mich mit einem

das Ruhrgebiet einziehende Preissteigerung hat sich bis in die Mitte des Monats Februar fortgesetzt. Seitdem macht sich ein Stöcken in dem Preisauftrieb bemerkbar, für einige, besonders die unter unmittelbarem Einfluß der Valuta stehenden Lebensmittel fogar ein Rückgang.

Volkswirtschaft.

Fahrlässigkeit und Irrtum des Preiswucherers.

Man schreibt uns:
Die Strafbestimmungen der früher ergangenen Kriegswuchergesetze haben den Begriff der fahrlässigen Gesetzesverletzung nicht aufgenommen. Dies gab dem Reichsgericht Veranlassung zu seiner Entschliebung, wonach bei Vorschriften von präventiv polizeilicher Natur wie beim Höchstpreisgesetz auch die fahrlässige Zuwiderhandlung strafbar sei, selbst wenn dies nicht im Gesetz besonders bestimmt ist. Die Preissteigerungs-Verordnung hat beide Schuldformen als möglich zur Erfüllung des inneren Tatbestandes ausdrücklich bezeichnet. Es kann somit nunmehr keinem Zweifel mehr unterliegen, daß auch die fahrlässige Verletzung der Vorschriften der Preissteigerungs-Verordnung unter Strafe gestellt ist. Wo die Wuchergesetze eine bestimmte Absicht des Täters erfordern, kann natürlich nur eine vorsätzliche Begehung der Straftat in Frage kommen.

Nach der Fassung, wenn auch insbesondere in letzter Zeit vielfach bekämpften Rechtsprechung des Reichsgerichts ist Unkenntnis des Strafgesetzes oder Irrtum über seinen Inhalt und seine Tragweite nicht zu beachten. Der nicht auf den Strafrechtssatz bezügliche Irrtum steht dem Tatirrtum gleich und schiebt damit unter Umständen den Vorfall aus. Dieser Unterschied zwischen strafrechtlichem Irrtum ist für die Wuchergesetzgebung mit ihren vielen hundert von Verordnungen von außerordentlicher Bedeutung geworden. Trotz heftiger Angriffe ist das Reichsgericht seinen schon vor dem Kriege entwickelten Rechtsgrundsätzen treu geblieben und hat so stets zur Vorfällung, die sich nicht auf den Strafrechtssatz bezieht, d. h. den Vorfall des Täters ausschließenden Irrtum gemacht, während es jeden Irrtum über Begriffe des Strafgesetzes als unbeachtlichen Irrtum erklärt.

Nur eine scheinbare Erleichterung der schwierigen Rechtsfindung des Täters hat die B. R. O. gebracht. Danach ist bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften, die erlassen sind oder noch ergehen, die Schuld des Täters ausgeschlossen, wenn der Beschuldigte im unbeschuldeten Irrtum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit der überzogenen Vorschrift die Tat für erlaubt gehalten hat. Unerschuldeter Irrtum liegt nur dann vor, wenn der Täter die durch die Kriegszeit geforderte größte Sorgfalt angewendet hat, um sich die Überzeugung, daß sein Verhalten erlaubt war, zu bilden. Der bloße gute Glaube, „Nichtwissen“, daß sein Handeln rechtswidrig ist, genügt nicht. Hat der Täter die fragliche Gesetzesbestimmung gekannt, so muß er bei Bildung seiner Ansicht über die Erlaubtheit seines Tuns mit der Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt zu Werke gegangen sein, zu der er allgemein und vermöge seiner Gewerbetätigkeit im Besonderen angehalten war. Die Tatsachen müssen zeigen, warum er sich gerade für die falsche Anschauung der Auslegung der ihm bekannten Verordnung entschieden hat und daß nicht die Entstehungsgeschichte dieses Irrtums selbst schuldhaftige Nachlässigkeit erkennen lassen. Sobald der Täter nicht so fest von der Erlaubtheit seines Tuns überzeugt ist, daß er überhaupt keinen Zweifel mehr hierüber haben kann, hat er die Verpflichtung, sich nähere Erundigungen einzuholen. Hat der Täter die betreffenden Vorschriften nicht gekannt, so kann er sich, wenn er Gewerbetreibender ist, auf seine Unkenntnis nur berufen, wenn er trotz Sorgfalt und

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. März.

Anfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	3. März.	7. März.
Amsterdam	1 fl.	8179.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1087.27
Kristiania	1 Kr.	3780.52
Kopenhagen	1 Kr.	3960.07
Stockholm	1 Kr.	5518.17
Helsingfors	1 Finn. Mk.	575.80
Rom	1 Lire	977.55
London	1 £	91271.25
New York	1 Doll.	19851.50
Paris	1 Frs.	1182.13
Zürich	1 Frs.	3615.—
Madrid	1 Pesetas	3014.94
Wien	100 Kr.	28.89
Prag	1 Kr.	378.55
Budapest	1 Kr.	6.85

Aufmerksamkeit von den ihm betreffenden Vorschriften keine Kenntnis erlangt hat; denn es gehört zu den Pflichten eines Gewerbetreibenden, sich vor oder bei der Ausübung seines Gewerbetriebs mit den Verordnungen vertraut zu machen.

Ist der Irrtum des Täters nicht entschuldbar, d. h. beruht der Irrtum auf Fahrlässigkeit, so ist der Einwand des Irrtums unbeachtlich und der Täter wegen vorsätzlicher Begehung zu verurteilen.

Die von der Wuchergesetzgebung angeordneten Strafen sind entsprechend dem mit den Gesetzen verfolgten Zweck zum Teil sehr schwer. Meist ist die Möglichkeit vorgesehen auf Gefängnis und Geldstrafe, diese wiederum bis zu einer sehr erheblichen Höchstgrenze, zu erkennen. Daneben kommt Einziehung der auf die Tat bezüglichen Sachen, sowie die Einziehung des übermäßigen Gewinnes in Frage.

Vermischte Nachrichten.

Das Ausländerrenkonte auf der Leipziger Messe. Der Berliner Jaffaert, der in der Sonntagsnacht den Engländer John Schumacher angeschossen hat, hatte sich schon Mittwoch vor dem Leipziger Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Der Angeklagte Jaffaert wird zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Strafverfahren war, daß Jaffaert auf einer belebten Straße sah, sein Lun war daher gemeingefährlich. Wegen unbefugten Waffentragens wurde auf eine Woche Haft erkannt. Schumacher hat Schadensansprüche geltend gemacht. Jaffaert wurde nach der Verurteilung sofort in Haft genommen.

Raubmordversuch im Personenzug Schneidemühl-Berlin. Ein kühner Raubmordversuch wurde Donnerstag früh in dem Personenzug 3. 348 zwischen den Stationen Dahmsdorf-Müncheberg verübt. In einem Abteil dritter Klasse wurde der Kaufmann Michaelson aus Hamburg von einem Mitreisenden, einem Unbekannten in Reichsmehrform, überfallen und durch Bajonettschüsse schwer verletzt. Der Täter hat ihn halb erwidert und ihm mehrere Stöße am Kopf, Hals und Beinen beigebracht. Gewandt ist nur der Mantel. Als der Zugkontrollleur dem Bedrängten zu Hilfe eilte und die Notbremse zog, sprang der Unbekannte aus dem Zuge und entkam im nahen Walde.

Zechenverbandmeister als Kohlenstieher. Aus Essen wird gemeldet: Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts beendigte einen Prozeß, der schwere Mißstände in einzelnen Betrieben der Kohlenwirtschaft beleuchtete. Angeklagt waren infolge Strafantrags des Vereins gegen das Bestechungswesen die Verbandmeister Tiemann und Schürmann der Zeche „Nordstern“ und der Verbandbeamte Christian Wilps der Bergischen Kohlenhandelsgesellschaft in Düsseldorf, die mit der amtlichen Kohlenverteilung beauftragt waren. Ferner waren acht Fabrikanten und Kaufleute angeklagt, die sich durch Bestechung eine „prompte Belieferung“ sicherten. Wilps, das Mitglied zwischen den bevorzugten Firmen und den Verbandmeistern, wurde wegen Betrugs und Bestechung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Tiemann und Schürmann, die teilweise hochwertige Kohlen als billige „Schlammkohle“ lieferten und buchten, erhielten wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Bestechung ein Jahr bezw. sechs Monate Gefängnis. Die acht Kaufleute und Fabrikanten wurden wegen Bestechung zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis zwei Wochen verurteilt, an deren Stelle das Gericht Geldbußen von insgesamt 7 Millionen Mark setzte.

Das norwegische Hungersnachtskomitee hat dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe wiederum 100 Tonnen Lebertran zur Verteilung an Krankenhäuser, Kinderheime und Fürsorgestellen überwiesen. Die Hälfte der Spende soll in die besetzten Gebiete geleitet werden und zwar in solche Orte, in denen eine besonders starke Mangelkrankheit die Abgabe von Lebertran als Ergänzung für unterernährte Kinder zur dringenden Notwendigkeit gemacht hat.

Grubenunglück. Aus Brüssel wird gemeldet: Mittwochabend ereignete sich in der Grube 8 von Courvelles-Nord ein Grubenunglück, indem ein Teil der Grube plötzlich von Wassermaßen überschwemmt wurde. Bisher sind sechs Tote und 18 Verletzte geborgen worden.

Ein deutscher Kommunist in Moskau ermordet. Aus Moskau meldet die B. Z.: Der deutsche Kommunist Leutner wurde vor einigen Tagen in Moskau ermordet. Leutner wirkte in Moskau in einer besonderen Mission.

Ein Flug um die Welt. Aus Washington, 3. März, wird gemeldet: Das Luftschiff Z. N. 1 mit Heliumgas gefüllt ist und nach diesem Jahre einen Flug um die Welt antreten soll. Nach dieser Reise sind Fahrten nach dem Nord- und dem Südpol geplant.

Besuch. Ich wohnte auf der Insel St. Louis. Morgen werden wir uns wohl nicht mehr sehen. Wir hatten Kaffee und bleiben in Mekun. Jetzt aber schreibt mir nach euren Namen in diese Briefkäse. So! Gebat auch wohl, gute Nacht!

Viertes Kapitel.

Am zweiten Abend nach diesem Zusammentreffen rief ich durch das Tor St. Honoré in Paris ein und klopfte müde, wie ich war, an die Pforte der nächsten, kaum hundert Schritte vom Tor entfernten Herberge.

Die erste Woche verging mir in der Betrachtung der mächtigen Stadt und im vergeblichen Aufsuchen eines Waffengossen meines Vaters, dessen Tod ich erst nach mancher Anfrage in Erfahrung brachte. Im achten Tage machte ich mich mit pochendem Herzen auf den Weg nach der Wohnung des Admirals, die mir untern vom Louvre in einer engen Straße nachgewiesen wurde.

Es war ein finstres, aber hübsches Gebäude, und der Pförtner empfing mich unfreundlich, ja mißtrauisch. Ich mußte meinen Namen auf ein Stück Papier schreiben, das er zu seinem Herrn trug, dann wurde ich eingelassen und trat durch ein großes Vorgemach, das mit vielen Menschen gefüllt war, Krieger und Soldaten, die den durch ihre Reigen Gebenden mit schärferen Blicken musterten, in das kleine Arbeitszimmer des Admirals. Er war mit Schreiben beschäftigt und winkte mir zu warten, während er einen Brief beendigte. Ich hatte Mühe, sein Antlitz, das mir durch einen gelangenen, ausdrucksvollen Gesichtszug, der bis in die Schwärze gelangt war, sich unauflöslich eingepreßt, mit Klärung zu betrachten.

Der Admiral mochte damals fünfzig Jahre zählen, aber seine Haare waren schneeweiß und eine feberische Rote durchglühte die abgehagerten Wangen. Auf seiner mächtigen Stirn, auf den mageren Händen traten die blauen Adern hervor und ein furchbarer Ernst sprach aus seiner Miene. Er schaute wie ein Richter in Himmel.

Nachdem er sein Geschäft beendigt hatte, trat er zu mir in die Fensternische und heftete seine großen blauen Augen darobringend auf die meinigen.

„Ich weiß, was euch herführt“, sagte er, „ihr wollt der guten Sache dienen. Bringt der Krieg aus, so gebe ich euch eine Stelle in meiner deutschen Kavallerie. Inzwischen — seid ihr der Feder mächtig? Ihr versteht Deutsch und Französisch?“ — Ich verneigte mich bejahend.

„Inzwischen will ich euch in meinem Kabinett beschäftigen. Ihr könnt mir nützlich sein! So seid mir denn willkommen. Ich erwarte euch morgen um die achte Stunde. Seid pünktlich.“ Nun entließ er mich mit einer Handbewegung, und wie ich mich vor ihm nachschauend, fühlte er mich einen Augenblick

„Vergeht nicht, den Rat Chatillon zu besuchen, mit dem ihr unterwegs bekannt geworden seid.“

Als ich wieder auf der Straße war und, dem Erlebten nachsinnend, den Weg nach meiner Herberge einschlug, wurde mir klar, daß ich für den Admiral kein Unbekannter mehr war, und ich konnte nicht im Zweifel sein, wenn ich es zu verstanden hatte. Die Freude, an ein ersehntes Ziel, das mir schwer zu erreichen schien, so leicht gelangt zu sein, war mir von guter Vorbedeutung für meine beginnende Laufbahn, und die Aussicht, unter den Augen des Admirals zu arbeiten, gab mir ein Gefühl von eigenem Wert, das ich bisher noch nicht gekannt hatte. Alle diese glücklichen Gedanken traten aber fast gänzlich zurück vor etwas, das mich zugleich anmutete und quälte, lockte und beunruhigte, vor etwas unerfindlich Tragwürdigem, von dem ich mir durchaus keine Rechenschaft zu geben wußte. Jetzt, nach langem vergeblichen Suchen, wurde es mir plötzlich klar. Es waren die Augen des Admirals, die mir nachgingen. Und warum verfolgten sie mich? Weil es ihre Augen waren. Kein Vater, keine Mutter konnten ihrem Kinde getreuer diesen Spiegel der Seele werden! Ich geriet in eine unlagbare Verwirrung. Sollten, konnten ihre Augen von den meinigen abhängen? War das möglich? Nein, ich hatte mich getäuscht. Meine Einbildungskraft hatte mir eine Lüge gespielt, und um viele Gauslerin durch die Wirklichkeit zu widerlegen, beschloß ich, eilig in meine Herberge zurückzukehren und dann auf der Insel St. Louis meine Bekannten von den drei Pfien aufzusuchen.

Als ich eine Stunde später das hohe, schmale Haus des Parloimentsstrats betrat, das dicht an der Straße St. Michel gelegen, auf der einen Seite in die Wellen der Seine, auf der andern über eine Seitengasse hinweg in die gotischen Fenster einer kleinen Kirche blickte, fand ich die Türen des untersten Stockwerkes verschlossen, und als ich das zweite Stockwerk betrat, stand ich unversehens vor Gasparde, die an einer offenen Truhe beschäftigt schien.

„Wir haben euch erwartet“, begrüßte sie mich, „und ich will euch gleich zu meinem Oheim führen, der sich freuen wird, euch zu sehen.“

Der Alte sah behaglich im Behnisch, einen großen Rollstuhlen durchblättern, den er auf die dazu eingerichtete Seitenscheune rückte. Das weiße Gemach war mit Büchern gefüllt, die in schön geordneten Schränken standen. Schwestern, Mützen, Kupferstücke bestanden, jedes an der geeigneten Stelle, diese friedliche Gedankenstätte. Der gelehrte Herr hief mich, ohne sich zu erheben, einen Sitz an seine Seite rücken, grüßte mich als alten Bekannten, und vernahm mit sichtlich Freude den Bericht über meiner Eintrieb in die Behinderung des Admirals.

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 9. März.

Vom Abbau der Preise.

Die Sorgen der Obst- und Gemüsezüchter.

Jeder Mensch hat seinen Kummer, und auch die Obst- und Gemüsezüchter sind nicht frei davon. Nur selten: während die meisten wertvollen Männer und Frauen nicht wissen, wo sie das Geld für den Lebensunterhalt hernehmen sollen, haben die Gärtner andere Sorgen. Sie wollen durch planmäßige Organisation des Absatzes einen Einfluß auf die Marktpreise gewinnen und: ein Sinken der Preise verhindern! Der Versuch früherer Jahre soll erneut gemacht werden. Den Beweis hierfür erbringt ein Bericht in der letzten Nummer des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes für Schleswig-Holstein“, dem Amtsblatt der Landwirtschaftskammer der Provinz. Es heißt da:

„Ein Verband der Obst- und Gemüsezüchter für Kiel und Umgebung, mit dem sich in Kiel, ist kürzlich gegründet worden mit dem Zweck der Regelung des Absatzes für die Erzeugnisse und der Regelung der gänzlich unzufriedenstellenden Marktpreise. (1) Eine Preiskommission stellt an Markttagen früh auf den Marktplätzen die einzuhaltenden Großhandelspreise fest und will bei Absatzstörungen durch rechtzeitige Ableitung der Ueberflüsse in einzelnen Erzeugnissen einem Sinken der Preise vorbeugen. — Diese Einrichtung erfreut sich bereits eines ständig gesteigerten Interesses und Erfolges. Daher werden alle für den Absatz in Kiel in Frage kommenden Gutsbesitzer und Gemüsebauern ausdrücklich hierauf aufmerksam gemacht. Geschlossenes, einheitliches Handeln aller Erzeuger von Obst und Gemüse erscheint in ihrem eigenen Interesse dringend geboten. Anfragen sind an Gärtnereibesitzer Kreutzfeldt, Kiel-Gaarden, Segeberger Landstr. 50, zu richten.“

„Wo die gänzlich unzufriedenstellenden Marktpreise nicht geregelt werden. Und zwar so, daß man die Preise steigert oder ein Sinken verhindert. Dabei kostet heute schon ein Pfund Rotkohl 350 Mk., ein Pfund Weißkohl 220 Mk., Kohlrabi 700 Mk., sogar ein Pfund der gefährdeten Strohbohnen 80 bis 100 Mk. Einheitsliches und geschlossenes Handeln der Erzeuger soll uns den Straßentrieb höher hängen.“

„Da diese Erzeuger- und Händlerkreise so ziemlich überall gebildet werden, gibt es nur einen Weg. Preisstreiberien zu verhindern: der führt über die Verbraucherorganisationen. Auch die Konsumenten sind eine Macht, wenn sie sich zusammenschließen und einheitlich handeln. Um unbedingte Preisforderungen abzuwehren zu können, sollte deshalb jeder Werktätige, jeder Verbraucher den Konsumentenvereinigungen beitreten. Nur so lassen sich Auswüchse im Wirtschaftsleben wirkungslos bekämpfen.“

Zur Aufhebung der Baugewerkschule.

In einer Senatsvorlage an die Bürgerchaft heißt es u. a.: In Ihrer Verammlung vom 26. Februar d. J. hat die Bürgerchaft die Aufhebung der Baugewerkschule beschlossen. Nach den Darlegungen des Sprechers der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Piehl, soll diese Aufhebung nicht durch eine stufenweise Auflösung, sondern durch einen Schnitt erfolgen.

Der Senat, der, so sehr er den Beschluß der Bürgerchaft bedauert, sich diesem doch nicht widersetzen zu sollen glaubt, vermag jedoch die sofortige Aufhebung nicht gutzuheißen. Sowohl von sieben hiesigen Bürgern, deren Söhne die zweite Hoch- und Tiefbaufolge der Baugewerkschule besuchen, als auch von sieben auswärtigen Schülern dieser Klassen ist dem Senat die dringende Bitte entgegengebracht, daß im bevorstehenden Sommerhalbjahr die erste Klasse der Schule aufrechterhalten werden möchte und dadurch den jetzigen Schülern der zweiten Klassen die Möglichkeit des Abschlußes ihrer Ausbildung durch die Abgangsprüfung gewahrt werde. In beiden Eingaben ist betont, daß es durchaus ratsam und üblich sei, die beiden letzten Semester auf derselben Schule zu erledigen, und daß es eine außerordentliche Härte sein würde, wenn die jetzigen Besucher der zweiten Klassen genötigt sein würden, für das letzte halbe Jahr eine andere Schule zu besuchen; das um so mehr, als das Sommersemester in der in erster Linie in Betracht kommenden Hamburger Baugewerkschule schon am 1. d. M. begonnen habe.

Auch der stellvertretende Direktor der Baugewerkschule, Professor Wahn, bezeugt die sofortige Aufhebung der Baugewerkschule als eine Härte für die Schüler. Er hält die Durchführung der jetzigen zweiten Klassen als erste bis zu einer im August stattfindenden letzten Abgangsprüfung für ein Gebot der Gerechtigkeit. Bei einer Schülerzahl von 25 für Hochbau und Tiefbau je drei Fachlehrer und für beide Klassen gemeinsam würde ein Lehrer (Baustatiker) erforderlich sein. Die Lehrkräfte würden jedoch nicht zweckmäßig ausgenutzt werden. Es erscheint ratsam, noch zwei Klassen hinzuzuziehen, und zwar die bisherige 3. Klasse als 4., die bisherige 4. als 5. Klasse, von der Aufrechterhaltung der 2., bisher 3. Klasse würde abzusehen sein. Es wird dann im August d. J. sowohl nach der 1. als auch nach der 3. Klasse ein passender Schluß erreicht werden. Die Einnahmen werden mehr als verdoppelt, da mit etwa 50 Schülern zu rechnen ist und nur ein Lehrer mehr nötig sein würde. Eine Berechnung auf der Grundlage der Schulgebühren auf das Zwölffache eines Gekellentagelohnes und der Gehälter der Lehrkräfte nach dem Stande vom 1. März 1923 ergibt folgende, nicht zahlenmäßig, sondern nur im Verhältnis zu wertende Gegenüberstellung:

1. Nur 2 erste Klassen. a) Einnahmen 3 100 000 Mk., b) Ausgaben für 7 Lehrer für 5 Monate 17 000 000 Mk., Verhältnis a : b = 18 Prozent. II. Zwei erste, eine dritte, eine vierte Klasse. a) Einnahmen 7 600 000 Mk., b) Ausgaben für 8 Lehrer für 5 Monate 20 000 000 Mk., Verhältnis a : b = 38 Prozent. Da es sich um den Abbau der Schule handelt, würde vielleicht das Zwölffache eines Gekellentagelohnes eine zu hohe Steigerung des bisherigen Schulgeldes bedeuten, man könnte sich mit dem Gekellentagelohn einer Woche begnügen. Das bedarf noch näherer Prüfung durch die Oberbehörde. Jedenfalls bedeutet die Hinzuziehung von zwei Klassen und einer Lehrkraft eine erheblich günstigere Ausnutzung der Lehrkräfte und ist wirtschaftlich vorzuziehen.

Der Senat stellt zur Genehmigung der Bürgerchaft, daß die Baugewerkschule im übrigen mit dem 31. März 1923 aufgehoben werde, daß jedoch zwei erste, eine dritte und eine vierte Klasse der Baugewerkschule noch bis zum 31. August 1923 aufrechterhalten werde.

Eine Konferenz vom 4. Bezirk des Deutschen Arbeiterjugendbundes fand am Sonntag, dem 4. März, im Gewerkschaftshaus statt. Von dem 16 Vereine umfassenden Bezirk waren 13 Vereine durch 18 Delegierte vertreten. Vom Gauvorstand war der Vorsitzende Jahn-Neumanns anwesend. Die Mitgliederzahl beträgt 358 Sängler und 2201 Sänglerinnen. 2 Vereine hatten sich

zur Aufnahme neu angemeldet. Die Arbeiterjugendzeitung wird nur in 128 Exemplaren gefahren, mehrere Delegierte und auch der Vorsitzende traten deshalb für eine größere Verbreitung der Zeitung ein. Die Bezirkskasse hatte im letzten Jahre eine Einnahme von 4817,07 Mk. und eine Ausgabe von 1581,85 Mk. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 2735,72 Mk. In diesem Jahre wurden zwei Bezirkskonzerte abgehalten in Oldesloe und Lübeck je 1. Der Gauvorsitzende Jahn-Neumanns hielt ein kurzes Referat über Wertungsfragen. Die Vereine sollen der Mitgliederzahl nach in drei Gruppen eingeteilt werden, um so ihr Können zu zeigen und dadurch das Singen auf eine höhere Stufe zu bringen. Die Delegierten waren mit diesem Vorschlag einverstanden. Der Bezirksbeitrag soll von 0,60 Mk. auf 3 Mk. pro Vierteljahr erhöht werden. Sollte die Geldwertung noch größer werden, wird der Vorstand ermächtigt, den Beitrag weiter zu erhöhen. Es wurde noch ein Antrag angenommen, gemeinsam die Freigabe der Schulräume zur Abhaltung der Gesangsübungen zu erwirken. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Dr. Harzem gewählt. Mit einem Appell an die Delegierten zur regen Agitation in Arbeiterkreisen wurden die Verhandlungen geschlossen. — Zutreffenden sind zu richten an den Vorsitzenden E. Kose, Lübeck, Jakobstraße 1, Geldsendungen an den Kassierer S. Helmke, Hürstraße 50.

Blindenfürsorge. Im Herbst 1920 wurde im Hause Bederstraße Nr. 6 eine Blindenbeschäftigungsstelle eingerichtet, die den Blinden Arbeit und Materialien vermittelt sollte. Die Einrichtung entwickelte sich in erfreulicher Weise. Die Räume reichten jedoch für diese Zwecke nicht aus, auch lief der Mietvertrag ab. Der Blindenbeschäftigung sind nunmehr in der staatsseitig betriebenen Arbeitsstätte für Erwerbsbeschränkte, St. Annenstraße Nr. 1-3, vorzügliche Räume zur Verfügung gestellt. Somit ist die Behörde praktisch in die Blindenfürsorge eingetreten und man darf hoffen, daß auf dieser Grundlage die berufliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Blinden Gewährleistung finden wird. Vor dem Kriege waren in Lübeck 4 Blinde beruflich tätig. Heute sind 7 getätigt selbstständig, 4 arbeiten in Fabriken, 4 sind in Großbetrieben eingestellt, 1 Kochmacher hat Arbeit im Kleingewerbe, 1 Klavierstimmer, 7 Blinde werden in der Blindenbeschäftigungsstelle mit Bürsten, Korz- und Seilarbeiten sowie mit Holzschliffarbeiten beschäftigt. Heute gilt es nun, die wirtschaftliche Lage der immer im Verdienst zurückgebliebenen Blinden zu sichern. Die Neueinrichtung der Beschäftigungsstelle ist soweit geordnet, daß mit der Herstellung aller Arten von Bürsten, Besen, Körben, Seilwaren, sowie mit der Verzierung von Stühlen und Flechten von Stroh- und Binsenmatten in großem Maßstabe begonnen werden kann. Im Interesse dieser durch ihr Leiden so sehr Geschädigten wird gebeten, die Blindenbeschäftigungsstelle ausgiebig in Anspruch zu nehmen und es an Aufträgen nicht mangeln zu lassen. Insbesondere werden die Fuhrmannschaften in Stadt und Land gebeten, ihren Bedarf in Strängen und Seilen bei der Blindenbeschäftigungsstelle zu bedenken. Die Schadhast und unbrauchbar gewordenen Stränge werden zur Weiterverarbeitung gern entgegen genommen. Bestellungen und Verkauf der Sachen findet im Geschäftszimmer, St. Annenstraße 1, statt.

Sittertropfen in Lübeck. Herr Kaufmann L. Duvé erfuhr uns mitzuteilen, daß er das Geschäft seit 4 Jahren nicht mehr besitzt. Er habe also mit dem Auszug des Nachbarns der Jungdeutschen, Freiheitsbewegung nichts zu tun. Der neue Inhaber heiße W. A. Müller und sitze unter dem Namen L. Duvé nachfolgend. — In den Lübb. Anz. versuchen die Sittengardiolen den Nachweis legalen Handelns zu erbringen. Sie bekennen sich zu den Gedankenängsten des Falzitenführers. Wir rechnen morgen an anderer Stelle mit dieser reaktionären Organisation ab.

Vom Stadttheater. Fräulein Buchholz wurde nach einmaligem sehr erfolgreichem Gastspiel an das Opernhaus in Köln unter glänzenden Bedingungen verpflichtet.

Jugendweihe. Der Verein „Arbeiter-Jugend“ in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet am Freitag, dem 30. März (Karfreitag) in der Aula des Johanneums eine Jugendweihe. Eltern, deren Kinder Ostern die Schule verlassen und keine kirchliche Konfirmation wünschen, werden um Anmeldung gebeten im Sekretariat der S. D., Johannisstr. 48 I, bei O. Passarge, Friedensstraße 24 I oder bei H. Stegmann, Schönkampstraße 16a.

Richtigstellung. In unserer gestrigen Abhandlung: „Ist Lübeck eine teure Stadt?“ befindet sich ein bedauerlicher Fehler, den aufmerksame Leser selbst bemerkt haben werden, und der an den Feststellungen des Artikels selbst nichts ändert. Ein Ei kostete am 17. Januar in Lübeck 140 Mk., nicht, wie durch ein technisches Versehen angegeben, 248 Mk. Die Endsumme bleibt dieselbe: 12 650,10 Mk.

pb. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde ein Matorse von hier festgenommen. Er hatte in angetrunkenem Zustande versucht, mit zwei Freunden, die ebenfalls des Guten zu viel getan haben, ein hiesiges Kinematographentheater zu besetzen. Als ihnen wegen ihres angetrunkenen Zustandes der Eintritt untersagt wurde, machten sie Stand und Lanten erst unter Zuhilfenahme der Polizei aus dem Theater entfernt werden. Während zwei der Auftrücker, weiterzugehen, nachkommen, handelte der dritte weiter und mußte deshalb an die Wache geführt werden, auf dem Wege dahin ließ er den Polizeibeamten heftigen Widerstand entgegen.

pb. Diebstahl. Aus dem Keller eines Hauses an der Brandenburger Landstraße sind 120 Pfund Roggen, ein schwarzer Herrenmantel mit Sammetragen, ein grünlischer Damenmantel und ein Normalhemd gestohlen worden.

pb. Unehrliger Erbdiebstahl. Bei einer Revision wurde bei einem in Siemens wohnhaften Erbdiebstahl ein Posten abgebrannter Hochspannungsfeder und die zum Kabel gehörigen Bleihüllen vorgefunden, die den Verdacht zulassen, daß sie von einem Diebstahl herrührten. Um den Schein des ehrlichen Erwerbs zu erhalten, hatte der Erbdiebstahl falsche Eintragungen in sein Lederebuch gemacht. Er wurde wegen gewerbmäßiger Hehlerei festgenommen. Der Eigentümer des gestohlenen Kabels konnte bisher nicht ermittelt werden.

w. Barwerk. Sozialdemokratischer Verein. In der am Mittwochabend stattgefundenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach Genosse Wolffradt über die „Wohnungsbaugabe“. Redner schilderte eingehend die Wohnungsnot, in der wir uns in Deutschland befinden. Zwei Millionen Volksgenossen sind es schon, die heute kein Obdach haben und ständig nimmt die Zahl zu. Es ist geplant, 50 000 Wohnungen im Jahre 1923 zu bauen. Dieser Wohnungsbauplan erfordert Anfang Februar die Summe von 1 Billion Mark. Heute wird allerdings diese Summe nicht mehr ausreichen. Aber die erforderlichen Mittel müssen aufgebracht werden und zwar durch die Wohnungsbaugabe in Form von Zuschüssen zur Grundbesitzer. Die Ueberbemittelte soll eine Ermäßigung einbringen.

Ferner müssen die Arbeitgeber stärker für die Wohnungsbaugabe herangezogen werden. Von der Reichsregierung muß verlangt werden, daß der Baustoffmangel energisch bekämpft wird. Wenn wir nicht versuchen, die Neubautätigkeit zu fördern, ist die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen in Gefahr, sie wird befestigt und was dieses für die Mieterchaft bedeutet, ist wohl jedem denkenden Arbeiter klar. Wenn wir die Wohnungsnot beseitigen wollen, müssen wir im Interesse der Obdachlosen Opfer bringen. Ebenfalls wird die Arbeitslosigkeit dadurch behoben. Redner stellte noch Berechnungen an zwischen der Friedensmiete und der jetzt bezahlten Miete. Er kam zu dem Schluß, daß weit mehr gezahlt werden muß, wenn nicht die alten Wohnungen total verfallen sollen. Heute schon müsse der Staat Geld hergeben, um alte Wohnungen herzurichten. Die Miete reicht nicht mehr aus, um die notwendigen Reparaturen ausführen zu lassen. Partei, Gewerkschaften und Mietervereine müssen gemeinsam versuchen eine Lösung zu finden, wie man am wirksamsten der Wohnungsnot steuern könne. In der Aussprache forderte Genosse K. Linder höhere Löhne, damit die Arbeiter auch in der Lage sind, die Abgabe bezahlen zu können. Genosse K. Linder verteilte die Siedlungspläne. Die Siedler hätten Gehälter bekommen. Es müsse verlangt werden, daß die neugebauten Häuser Allgemeinut bleiben. Genosse Grimm verlangte vom Reich mehr Unterstützung für den Wohnungsbauplan. Genosse Wolffradt ging in seinem Schlußwort auf die Einwendungen ein und forderte die Genossen auf, kräftig mitzuarbeiten, damit wir ersprießliche Arbeit leisten können. — Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Gen. B. B. 2. Vize Gen. K. L. 3. Schriftführer Gen. K. L., Kassierer Gen. K. L. 4. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen M. R. 5. K. L. 6. B. B. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, regen für die Partei und den Volksboten zu werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Freigewerkschaftlicher Jugendausflug Lübeck! Am Sonntag dem 11. März, vorm. 10 1/2 Uhr findet eine Besichtigung des Betriebes des Lübecker Volksboten statt. Treffpunkt 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die freigewerkschaftlich organisierten jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge werden gebeten, sich recht zahlreich an dieser Besichtigung zu beteiligen. Der Vorstand.

Stadttheater. Sonnabend: „Der Widerspäh“. Als Fremden-Vorstellung Sonntag nachmittag: „Martha“. Abends: Zum letztenmal in dieser Spielzeit „Die Fledermaus“. Montag: Volksmütliches Konzert.

Gaus-Theater. Heute, Freitag 7 1/2 Uhr: Letzte Aufführung von „Meine Frau, das Fräulein“. Sonnabend 7 1/2 Uhr: Aufführung der Operette „Die Prinzessin von Navarra“.

De Plaudische Volksgill hett in de beiden letzten Vorstellungen een Sammlung maakt, van dat, wat ingaan is, hett je 75 000 Mark för de Ruhhölz indetalen kunnt.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein dreierter Raubüberfall ist in letzter Nacht auf dem Hochbahn-Bahnhof Berlinerort ausgeführt worden. Drei Männer gingen ins Blockhaus Nord, wo sie den Wächter überrumpelten, fesselten und einsperrten. Darauf begaben sie sich zum Fahrkartenschalter und Kassenraum, wo sie das anwesende Mädchen festhielten, und neun Beutel mit der Tageseinnahme von einer Million Mark an sich nahmen. Die Raubgesellen schlossen dann das Mädchen ein und flüchteten, nachdem sie die Glockensignale zwischen Blockhaus und Kassenraum unbrauchbar gemacht hatten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Substitut gegenüber keine Verantwortung.)

Auf den Artikel „Eilige Steuererziehung“

In Nr. 54 wird folgendes erwidert: „Die getroffenen Maßnahmen hätten sich vermeiden lassen, wenn der Einsender dem mit der Einziehung des Betrages beauftragten Beamten die Quittung über die zur 1920 abgelieferten Steuermarken, welche er forderte, vorgelegt hätte. Derartige Quittungen, werden stets in Zahlung genommen. Daß bei 60 000 Steuerpflichtigen ab und zu eine Buchung auf ein unrichtiges Konto erfolgt, dürfte begreiflich erscheinen. Bei den Steuermarkenbüchern für 1920 entstanden bezüglich der richtigen Unterbringung der einzelnen Ablieferungen insofern große Schwierigkeiten, als die Steuerbücher für 1920 noch nicht mit der Steuerammer des Steuerpflichtigen versehen waren. In Fällen, wo ein Wohnungswechsel vorlag, sowie namentlich in Fällen, wo Steuerbeträge von Personen mit häufig vorkommenden Namen, wie Meyer, Schulze usw. zu verbuchen waren, wurde die richtige Eintragung sehr erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht. Eine richtige Eintragung war dann nur an der Hand der erteilten Quittungen möglich. Es werden daher alle Interessenten gebeten, künftig zur Vermeidung von Weiterungen den Vollziehungsbeamten die fraglichen Quittungen beim die noch nicht abgelieferten Steuermarken vorzulegen.“

Finanzamt Lübeck.

Quittung.

Für die Ruhrhilfe gingen ein:

Masch.-Fabrik Clausen	9 300,— Mk.
Fr. Gores, Fackelb. Allee	17 340,— „
Georg Parber	18 950,— „
Schäfer	32 500,— „
Bader	18 550,— „
Osterloh	61 600,— „
Sirius	33 400,— „
Christianos	18 000,— „
Drägerwerk	104 250,— „
R. O. Meyer, Baustelle Flenber	9 500,— „

313 850,— Mk.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Lübeck.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., Kapfisch in Lübeck.

Bei Neigung zu Festschlag

solten Sie eine Zehitur vornehmen. Wir raten Ihnen, 80 Gramm echte Tolubas-Kerne zu kaufen, die wirklame, völlig unfaßliche, fettreiche Stoffe enthalten, davon nehmen Sie Smal täglich 1-2 Stck. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Renndamm 10

